

17. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Wintersession 2015



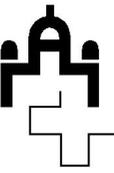
-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

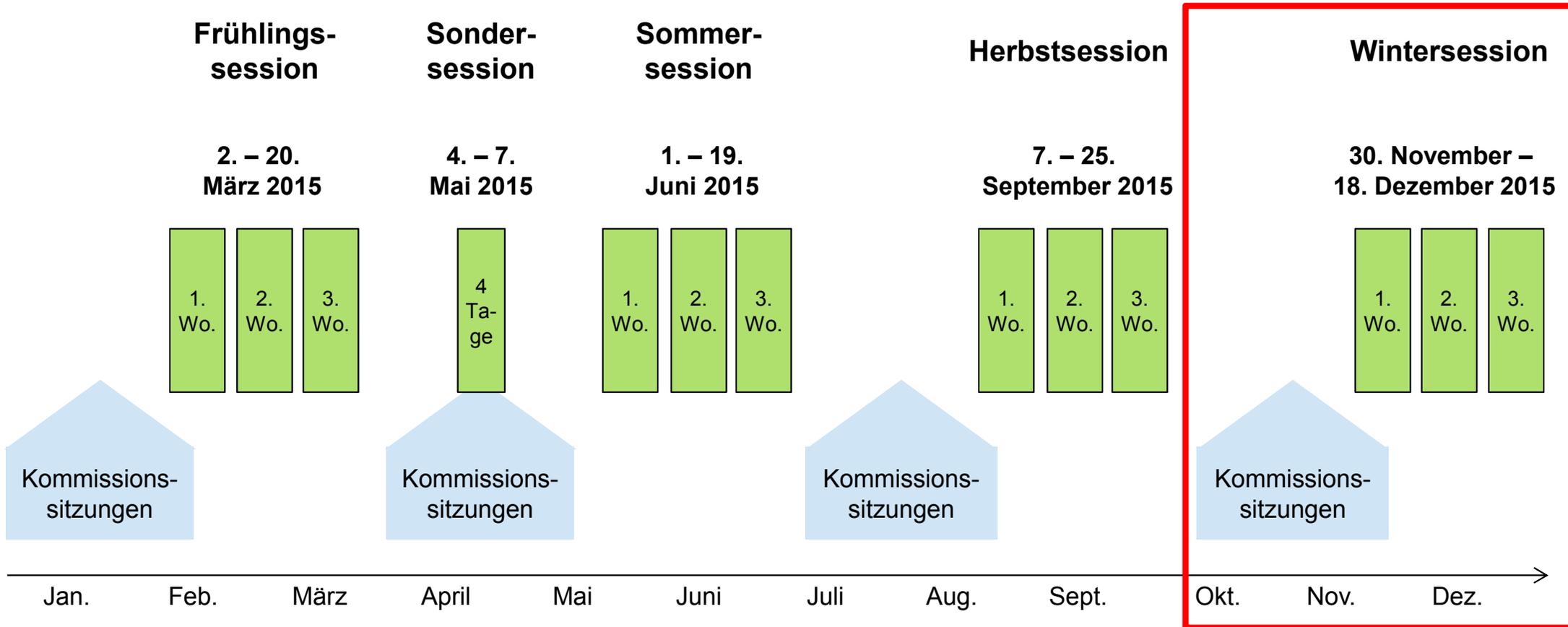
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

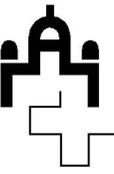
4. Aktualitäten



In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Winter-session, sowie über die Kommissionssitzungen bis dahin

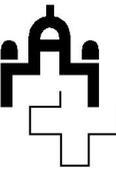


 **Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissionssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt**

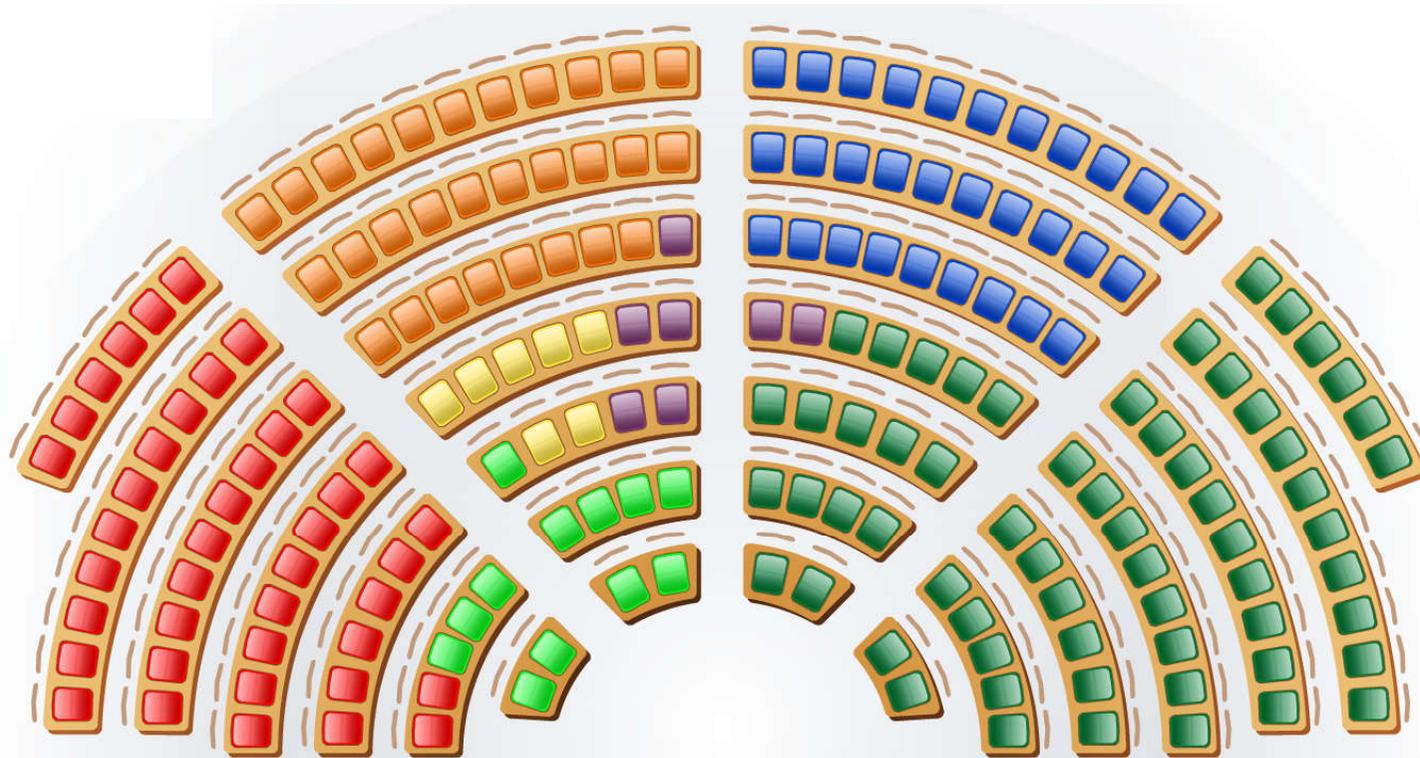


Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen





Der Nationalrat wird durch eine Vertreterin der FDP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SVP und die CVP



Stärke der Fraktionen im Nationalrat	
SVP:	68
SP:	43
FDP:	33
CVP/EVP:	30
Grüne:	12
GLP:	7
BDP:	7

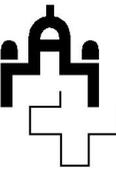
- 1 Präsident/in
- 2 Erste/r Vizepräsident/in
- 3 Zweite/r Vizepräsident/in
- 4 Stimmzähler/innen
- 5 Redner/in

Quelle: www.parlament.ch

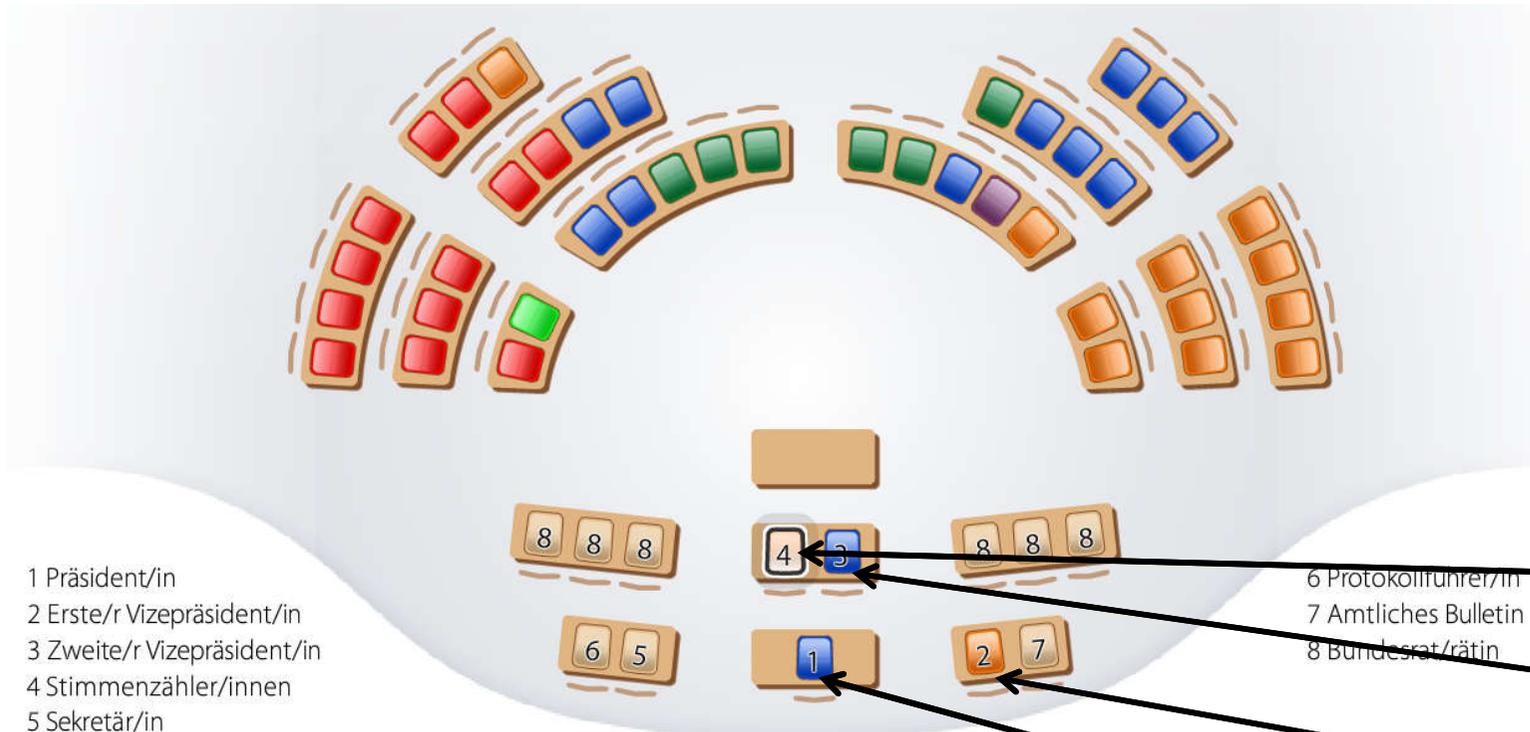
TA / 18. Dezember 2015

- 6 Berichterstatter/in
- 7 Generalsekretär/in
- 8 Bundesrat/rätin
- 9 Batssekretäre/innen

- 8 Stimmzähler
- Präsidentin (FDP)
- 1. Vizepräsident (SVP)
- 2. Vizepräsident (CVP)



Der Ständerat wird durch einen Vertreter der SP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die FDP und die CVP



- 1 Präsident/in
- 2 Erste/r Vizepräsident/in
- 3 Zweite/r Vizepräsident/in
- 4 Stimmzähler/innen
- 5 Sekretär/in

- 6 Protokollführer/in
- 7 Amtliches Bulletin
- 8 Bundesrat/rätin

Stärke der Fraktionen im Ständerat	
FDP:	13
CVP/EVP:	13
SP:	12
SVP:	6
Grüne:	1
BDP:	1
GLP:	0

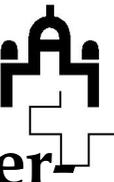
- Stimmzähler (CVP)
- 2. Vizepräsident (FDP)
- 1. Vizepräsident (CVP)
- Präsident (FDP)

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

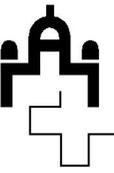
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten



Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Sonder- und Sommersession und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Bundesrats-Gesamterneuerungswahlen
- 2 Wahl der Nationalratspräsidentin, des Ständeratspräsidenten, des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers, sowie Richterwahlen
- 3 Budget 2016
- 4 Nachtrag II zum Voranschlag 2015
- 5 Ausserordentliche Session: Flüchtlingswelle in Europa und Grenzkontrollen
- 6 Ausserordentliche Session: Bericht zum Service public
- 7 Weiterentwicklung der Armee (WEA)
- 8 Indirekter Gegenvorschlag zur Initiative «Grüne Wirtschaft»
- 9 Internationaler automatischer Informationsaustausch
- 10 Diverse weitere Geschäfte



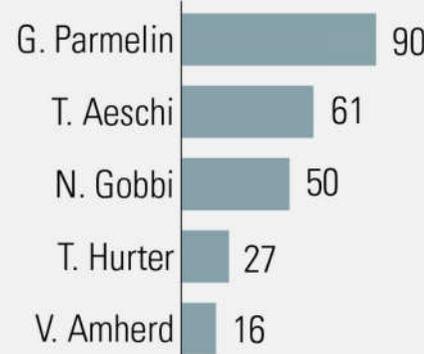
Mit der Wahl von Guy Parmelin als ersten SVP-Bundesrat aus der Suisse Romande wurde die Konkordanz wiederhergestellt

Worum es geht

- Die Vereinigte Bundesversammlung hat den 56-jährigen Guy Parmelin (SVP/VD) im dritten Wahlgang als zweiten SVP-Bundesrat gewählt. Wilde Kandidaten der SVP und Sprengkandidaten anderer Parteien waren chancenlos.

Ersatzwahl von E. Widmer-Schlumpf

1. Wahlgang Absolutes Mehr 122

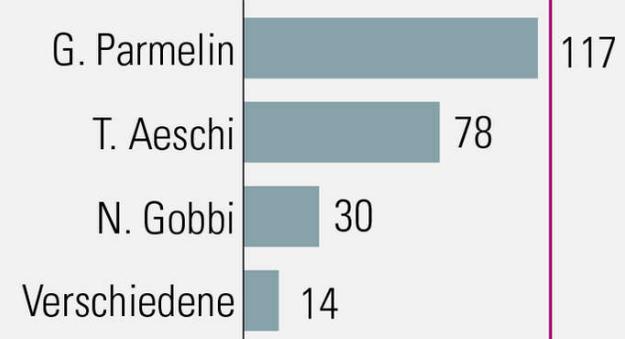


QUELLE: ADMIN.CH

NZZ-Infografik/cke.

Ersatzwahl von E. Widmer-Schlumpf

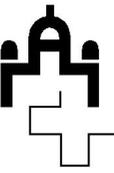
2. Wahlgang Absolutes Mehr 120



QUELLE: ADMIN.CH

NZZ-Infografik/cke.

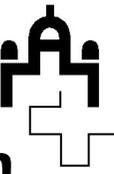
- Im dritten Wahlgang wurde Guy Parmelin mit 138 von 237 gültigen Stimmen gewählt.
- Mit der Wahl eines zweiten SVP-Bundesrats hat das Parlament entschieden, die bewährte Konkordanz wiederherzustellen. Zudem hat die SVP mit Guy Parmelin erstmals in der Parteigeschichte einen Bundesrat aus der Suisse Romande.
- Vor der Ersatzwahl wurden die sechs bisherigen Mitglieder des Bundesrates im Amt bestätigt, darunter der SVP-Bundesrat Ueli Maurer mit 173 Stimmen.



Christa Markwalder (FDP/BE) präsidiert neu den Nationalrat und Raphaël Comte (FDP/NE) präsidiert neu den Ständerat

Worum es geht

- Christa Markwalder (FDP/BE) wurde mit 159 von 183 gültigen Stimmen zur Nationalratspräsidentin gewählt.
- Als erster Vizepräsident wurde Jürg Stahl (SVP/ZH), als zweiter Vizepräsident Dominique de Buman (CVP/FR) gewählt.
- Der Ständerat wird neu von Raphaël Comte (FDP/NE) präsidiert.
- Als erster Vizepräsident wurde Ivo Bischofberger (CVP/AI), als zweite Vizepräsidentin Karin Keller-Sutter (FDP/SG) gewählt.
- Weiter wurde Johann Schneider-Ammann (FDP/BE) wurde mit 196 von 208 gültigen Stimmen zum Bundespräsident gewählt. Als Vizepräsidentin wurde Doris Leuthard (CVP/AG) mit 180 von 203 gültigen Stimmen gewählt.
- Der neue Bundeskanzler heisst Walter Thurnherr. Die Vereinigte Bundesversammlung hat den 52-Jährigen mit 230 von 234 gültigen Stimmen zum Nachfolger von Corina Casanova gewählt. Er ist wie seine Vorgängerin Casanova Mitglied der CVP.
- Als nebenamtliche Bundesrichterin (anstelle des verstorbenen Stephen Berti) wurde Cynthia Christen gewählt.
- Bei den Gesamterneuerungswahlen für die Amtsdauer 2016-2019 des Militärkassationsgericht wurden folgende Personen gewählt: Theo Bopp (Präsident), Paul Tschümperlin, André Jomini, Michael Beusch, Laurent Schneuwly, Nicolas von Werdt (Ersatzrichter), Olivier Derivaz (Ersatzrichter), Beat Hirt (Ersatzrichter) und Mattia Pontarolo (Ersatzrichter).



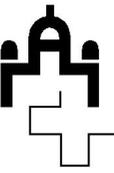
Bei den Bundesfinanzen zeichnet sich in den kommenden Jahren ein immer härter werdender Verteilungskampf ab

Worum es geht

- Für das Jahr 2016 wird ein ordentliches Finanzierungsdefizit von 500 Millionen erwartet. Trotz Massnahmen zur Haushaltsentlastung auf Ausgabenseite, resultiert eine Ergebnisverschlechterung gegenüber dem Vorjahr. Dies liegt an der schwachen Einnahmenentwicklung, welche gegenüber dem Vorjahresbudget um 1,2 Prozent abnimmt. Wären die Teuerung und das Zinsniveau nicht ausserordentlich tief, würde der Fehlbetrag beim Bundeshaushalt wohl wesentlich gravierender ausfallen.
- Weiter nimmt der Ausgabenbindungsgrad immer mehr zu. Als stark gebundene Ausgaben gelten die Soziale Wohlfahrt, der Verkehr (FABI-Vorlage) und der Bereich Finanzen und Steuern. Im Voranschlag 2016 sind über 55% der Ausgaben stark gebunden, womit die finanzpolitische Flexibilität gegenüber früheren Jahren abnimmt.

Position der SVP

- Betrachtet man die Ausgaben des Bundeshaushalts über die letzten 25 Jahre, so haben sich die Ausgaben von damals 31,6 Milliarden Franken (Rechnung 1990) auf 67 Milliarden Franken (Budget 2016) mehr als verdoppelt, während die Bruttoschulden auf Bundesebene noch immer 106 Milliarden Franken betragen. Die SVP forderte zusammen mit FDP und CVP im März 2015 eine Plafonierung der Ausgaben auf dem Stand von 2014 (64 Milliarden Franken), wurde aber bereits wenige Wochen später mit dieser Forderung im Stich gelassen.
- Grundsätzlich gilt es unter dem neuen EFD-Vorsteher eine wahre Aufgabenüberprüfung dringend an die Hand zu nehmen. Dabei soll kritisch überprüft werden, welche Aufgaben weiterhin auf eidgenössischer Ebene wahrgenommen und finanziert werden sollen, und welche Aufgaben wieder an die Privatwirtschaft (z.B. gewisse Bereiche der Kulturförderung) oder die Kantonebene zurückgegeben werden können.

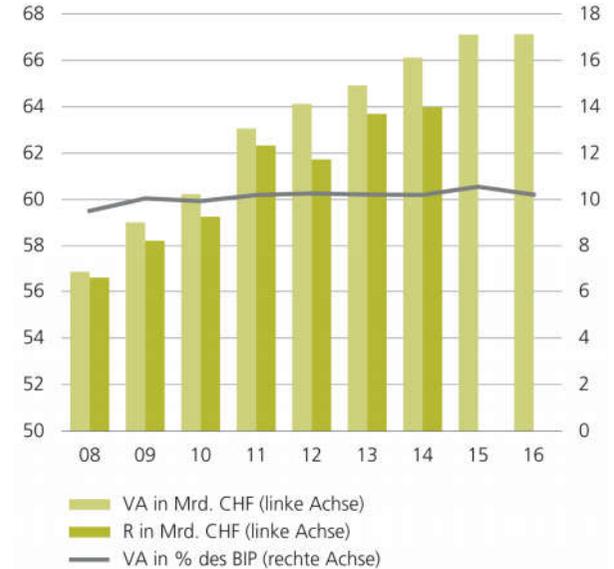


Die Schuldenbremse zwingt Bundesrat und Parlament zu Ausgabenkürzungen

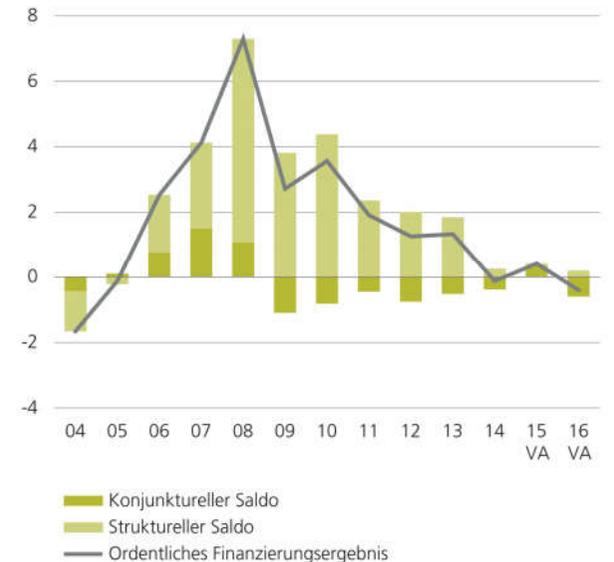
Ergebnis in den Räten

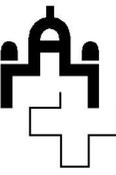
- Das Parlament spricht den Landwirten für das Jahr 2016 92,8 Millionen Franken mehr Geld zu, als der Bundesrat budgetiert hatte. Die Ausgaben für die Direktzahlungen (2,8 Milliarden Franken) sowie für die Exportsubventionen für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte gemäss "Schoggigesetz" (94,6 Millionen Franken) bleiben damit auf dem Niveau des laufenden Jahres.
- Gleichzeitig lehnte es das Parlament aber gegen den Willen der SVP ab, 125 Millionen Franken bei den Sach- und Betriebsausgaben zu kürzen.
- Für das nächste Jahr budgetiert das Parlament ein Defizit von 496 Millionen Franken, bei Einnahmen von 66,733 Milliarden Franken und Ausgaben von 67,229 Milliarden Franken. Mit den ausserordentlichen Einnahmen beläuft sich das Defizit auf 351 Millionen Franken.
- Die Vorgaben der Schuldenbremse werden knapp eingehalten, der strukturelle Überschuss liegt bei 104 Millionen Franken.

Entwicklung der ordentlichen Ausgaben

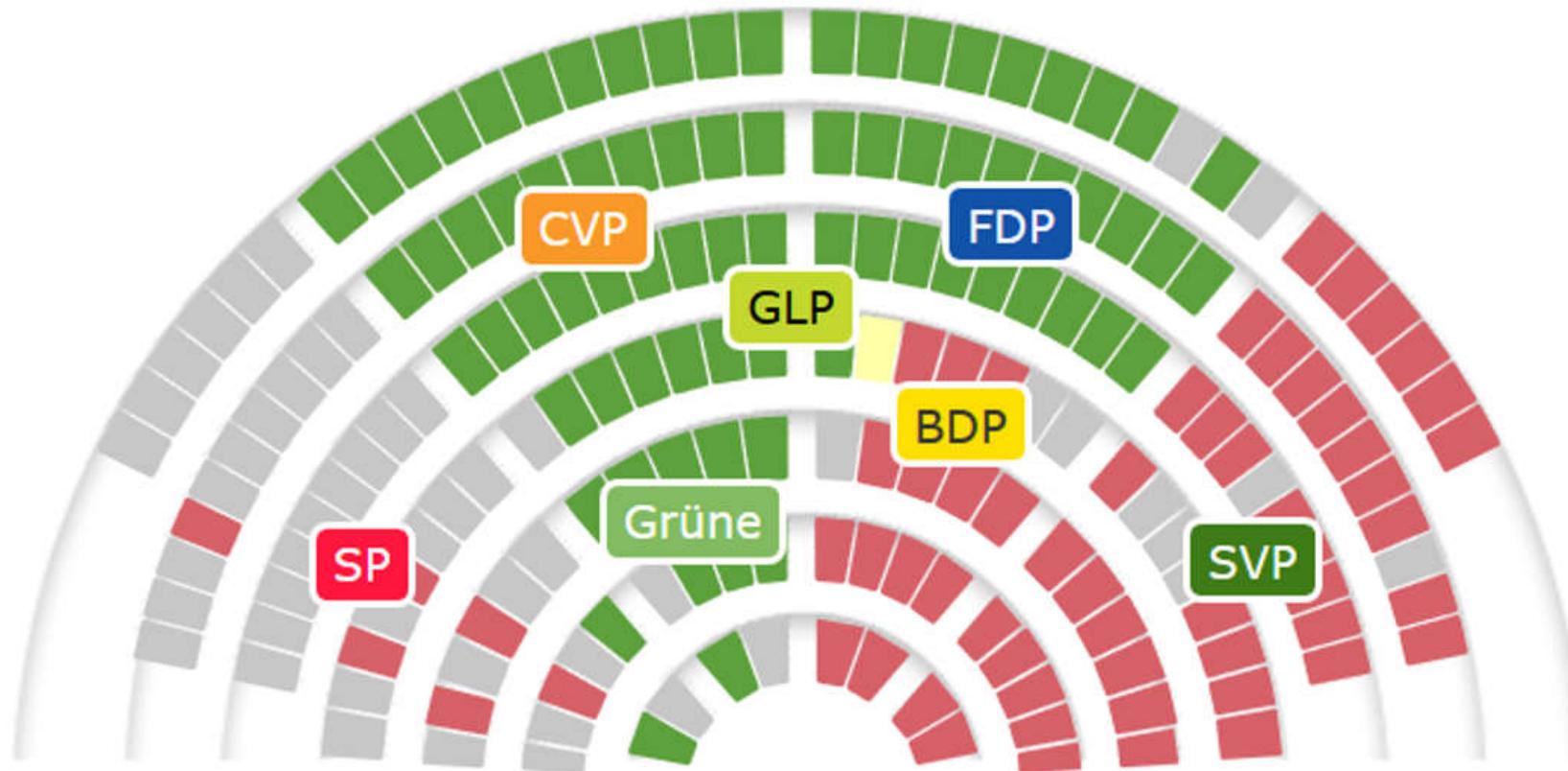


Der Bundeshaushalt aus Sicht der Schuldenbremse in Mrd.





Die Gesamtabstimmung zum Budget 2016 scheiterte beinahe, da sowohl die SVP als auch die Linke dieses missbilligten

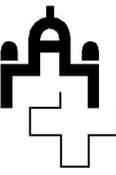


Nationalrat

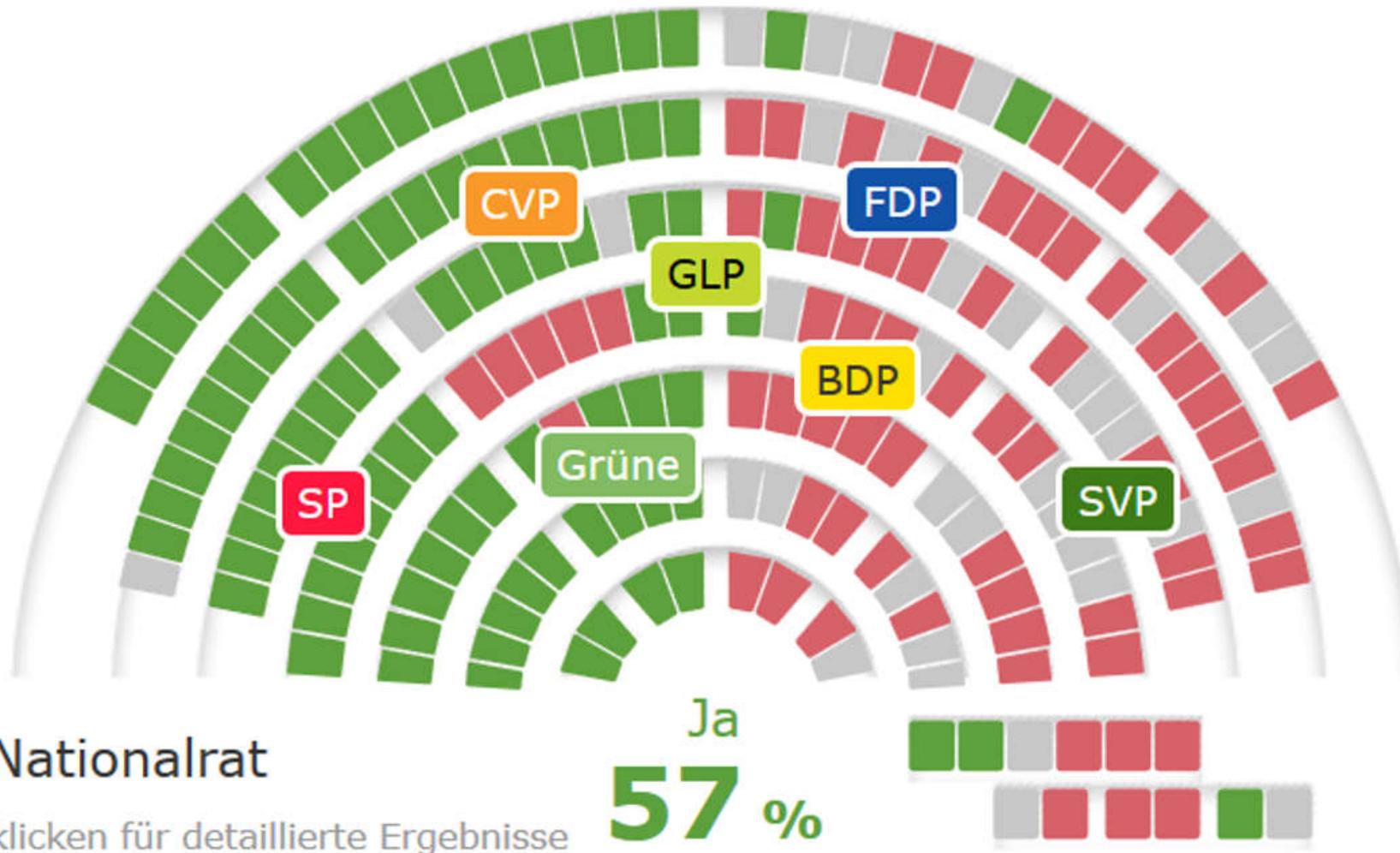
[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

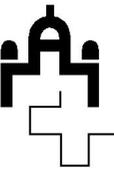
Ja
55 %





Trotz einer bürgerlichen Mehrheit scheiterten Anträge auf Sparmassnahmen – zuletzt beim Antrag der Einigungskonferenz





Der starke Anstieg bei der Zahl der Asylbewerber führt zu Mehrkosten von hunderten von Millionen Franken

Worum es geht

Position der SVP

Ergebnis in den Räten

- Nachtragskredite ergänzen das Budget des laufenden Jahres mit Aufwendungen oder Investitionsausgaben, welche als «unvermeidlich» eingestuft werden. Diese müssen vom Parlament bewilligt werden. Die Verwaltungseinheiten haben den zusätzlichen Kreditbedarf eingehend zu begründen und dabei nachzuweisen, dass erstens der Mittelbedarf nicht rechtzeitig vorhergesehen werden konnte, zweitens ein verzögerter Leistungsbezug zu erheblichen Nachteilen führen würde und drittens nicht bis zum nächsten Voranschlag zugewartet werden kann.
- Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament die Nachtragskredite zweimal jährlich mit einer Botschaft (Nachtrag I: Sommersession, Nachtrag II: Wintersession).
- Mit dem Nachtrag II zum Budget 2015 beantragt der Bundesrat Nachtragskredite von insgesamt 258,8 Millionen Franken.
- Von diesem Betrag entfallen 80 Prozent (207,1 Millionen Franken) auf den Asylbereich. Für zusätzliche Sozialhilfeausgaben für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge werden 205,9 Mio. Franken benötigt, während der Asylverfahrensaufwand mit neu ca. 12'000 Anhörungen mit Hilfswerksvertretern zusätzliche 1,1 Mio. Franken kostet.
- Der Schengen/Dublin-Vertrag mit der EU ist de facto ausser Kraft und trotzdem will der Bundesrat die Schweizer Grenzen nicht systematisch kontrollieren. Aus diesem Grund wird in diesem Jahr mit über 30'000 Asylbewerbern gerechnet. Als Zeichen gegen die falsche Asylpolitik des Bundesrates lehnt eine Mehrheit der SVP den Nachtragskredit ab.
- Gegen den Willen der SVP stimmten die Räte dem Nachtragskredit II zum Voranschlag 2015 grossmehrheitlich zu.

Einzig die SVP-Fraktion stimmte sich gegen Mehrkosten von über 200 Millionen Franken aufgrund der Missstände im Asylwesen

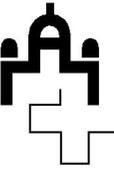
Addor	-	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	+	S	BE
Aeschi Thomas	-	V	ZG
Allemann	+	S	BE
Amarelle	+	S	VD
Amaudruz	+	V	GE
Amherd	+	C	VS
Ammann	+	C	SG
Amstutz	-	V	BE
Arnold	+	V	UR
Arslan	+	G	BS
Badran Jacqueline	+	S	ZH
Barazzone	+	C	GE
Bauer	+	RL	NE
Bäumle	0	GL	ZH
Béglé	+	C	VD
Bertschy	+	GL	BE
Birrer-Heimo	+	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Brand	+	V	GR
Brélaz	+	G	VD
Brunner	-	V	SG
Büchel Roland	-	V	SG
Büchler Jakob	+	C	SG
Buffat	-	V	VD
Bühler	+	V	BE
Bulliard	+	C	FR
Burgherr	+	V	AG
Burkart	+	RL	AG
Buttet	+	C	VS
Campell	+	BD	GR
Candinas	+	C	GR
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cassis	+	RL	TI
Chevalley	+	GL	VD
Chiesa	+	V	TI
Clottu	-	V	NE
de Buman	+	C	FR
de Courten	-	V	BL
de la Reussille	+	G	NE
Derder	+	RL	VD
Detting	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egloff	+	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG
Estermann	-	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Fässler Daniel	+	C	AI

Fehlmann Rielle	+	S	GE
Feller	+	RL	VD
Feri Yvonne	+	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Flach	+	GL	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG
Fluri	+	RL	SO
Frehner	0	V	BS
Fricker	+	G	AG
Fridez	+	S	JU
Friedl	+	S	SG
Galladé	+	S	ZH
Geissbühler	-	V	BE
Genecand	+	RL	GE
Giezendanner	-	V	AG
Girod	+	G	ZH
Glanzmann	+	C	LU
Glarner	-	V	AG
Glättli	+	G	ZH
Gmür Alois	+	C	SZ
Gmür-Schönenberger	+	C	LU
Golay	-	V	GE
Gössi	+	RL	SZ
Graf Maya	+	G	BL
Graf-Litscher	+	S	TG
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	+	GL	BE
Grunder	+	BD	BE
Grüter	-	V	LU
Gschwind	+	C	JU
Guhl	+	BD	AG
Guldemann	+	S	ZH
Gysi	+	S	SG
Hadorn	+	S	SO
Hardegger	+	S	ZH
Häsler	E	G	BE
Hausammann	-	V	TG
Heer	-	V	ZH
Heim	+	S	SO
Herzog	-	V	TG
Hess Erich	-	V	BE
Hess Hermann	+	RL	TG
Hess Lorenz	+	BD	BE
Hiltbold	+	RL	GE
Humbel	+	C	AG
Hurter Thomas	-	V	SH
Imark	+	V	SO
Ingold	+	C	ZH
Jans	+	S	BS
Jauslin	+	RL	AG

Jositsch	+	S	ZH
Keller Peter	-	V	NW
Keller-Inhelder	-	V	SG
Kiener Nellen	+	S	BE
Knecht	+	V	AG
Köppel	0	V	ZH
Landolt	+	BD	GL
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Lohr	+	C	TG
Lüscher	0	RL	GE
Maire Jacques-André	+	S	NE
Marchand	+	C	VS
Markwalder	0	RL	BE
Marra	+	S	VD
Marti	+	S	ZH
Martullo	-	V	GR
Masshardt	+	S	BE
Matter	-	V	ZH
Mazzone	+	G	GE
Merlini	+	RL	TI
Meyer Mattea	+	S	ZH
Moret	+	RL	VD
Moser	+	GL	ZH
Müller Leo	+	C	LU
Müller Thomas	+	V	SG
Müller Walter	+	RL	SG
Müller-Altermatt	+	C	SO
Munz	+	S	SH
Müri	-	V	LU
Naef	+	S	ZH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	-	V	GE
Nordmann	+	S	VD
Noser	+	RL	ZH
Nussbaumer	+	S	BL
Page	+	V	FR
Pantani	-	V	TI
Pardini	+	S	BE
Parmelin	+	V	VD
Pezzatti	+	RL	ZG
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pieren	-	V	BE
Piller Carrard	+	S	FR
Portmann	+	RL	ZH
Quadranti	+	BD	ZH
Quadri	-	V	TI
Regazzi	+	C	TI
Reimann Lukas	-	V	SG
Reimann Maximilian	-	V	AG

Reynard	+	S	VS
Rickli Natalie	-	V	ZH
Riklin Kathy	+	C	ZH
Rime	-	V	FR
Ritter	+	C	SG
Romano	+	C	TI
Rösti	-	V	BE
Ruiz Rebecca	+	S	VD
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	-	V	ZH
Rytz Regula	+	G	BE
Salzmann	-	V	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schelbert	+	G	LU
Schenker Silvia	+	S	BS
Schilliger	+	RL	LU
Schmid-Federer	+	C	ZH
Schmidt Roberto	+	C	VS
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider-Schneiter	+	C	BL
Schwaab	+	S	VD
Schwander	-	V	SZ
Seiler Graf	+	S	ZH
Semadeni	+	S	GR
Sollberger	-	V	BL
Sommeruga Carlo	+	S	GE
Stahl	P	V	ZH
Stamm	-	V	AG
Steiert	+	S	FR
Steinemann	+	V	ZH
Streff	+	C	BE
Thorens Goumaz	+	G	VD
Tomare	+	S	GE
Tschäppät	0	S	BE
Tuena	-	V	ZH
Vitali	+	RL	LU
Vogler	+	C	OW
Vogt	-	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walliser	-	V	ZH
Walter	+	V	TG
Walti Beat	0	RL	ZH
Wasserfallen	+	RL	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weibel	+	GL	ZH
Wermuth	+	S	AG
Wobmann	-	V	SO
Zanetti Claudio	+	V	ZH
Zuberbühler	-	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	GL	V	C	RL	BD	Tot.
+ Ja / oui / si	11	42	6	21	30	30	6	146
- Nein / non / no				44				44
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4	1							1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	1	2		3		7
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1				1



Aufgrund des Zusammenbruchs des Schengen/Dublin-Systems fordert die SVP die Einführung systematischer Grenzkontrollen

Worum es geht

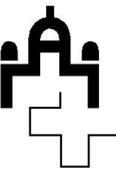
- Da die Kontrolle der Schengen-Aussengrenzen durch die EU nicht mehr wahrgenommen wird, forderte die SVP in einer Sonderdebatte zur Flüchtlingswelle in Europa die systematische Kontrolle der Landesgrenzen. Dabei soll das Grenzwachtkorps durch die Armee unterstützt werden.

Position der SVP

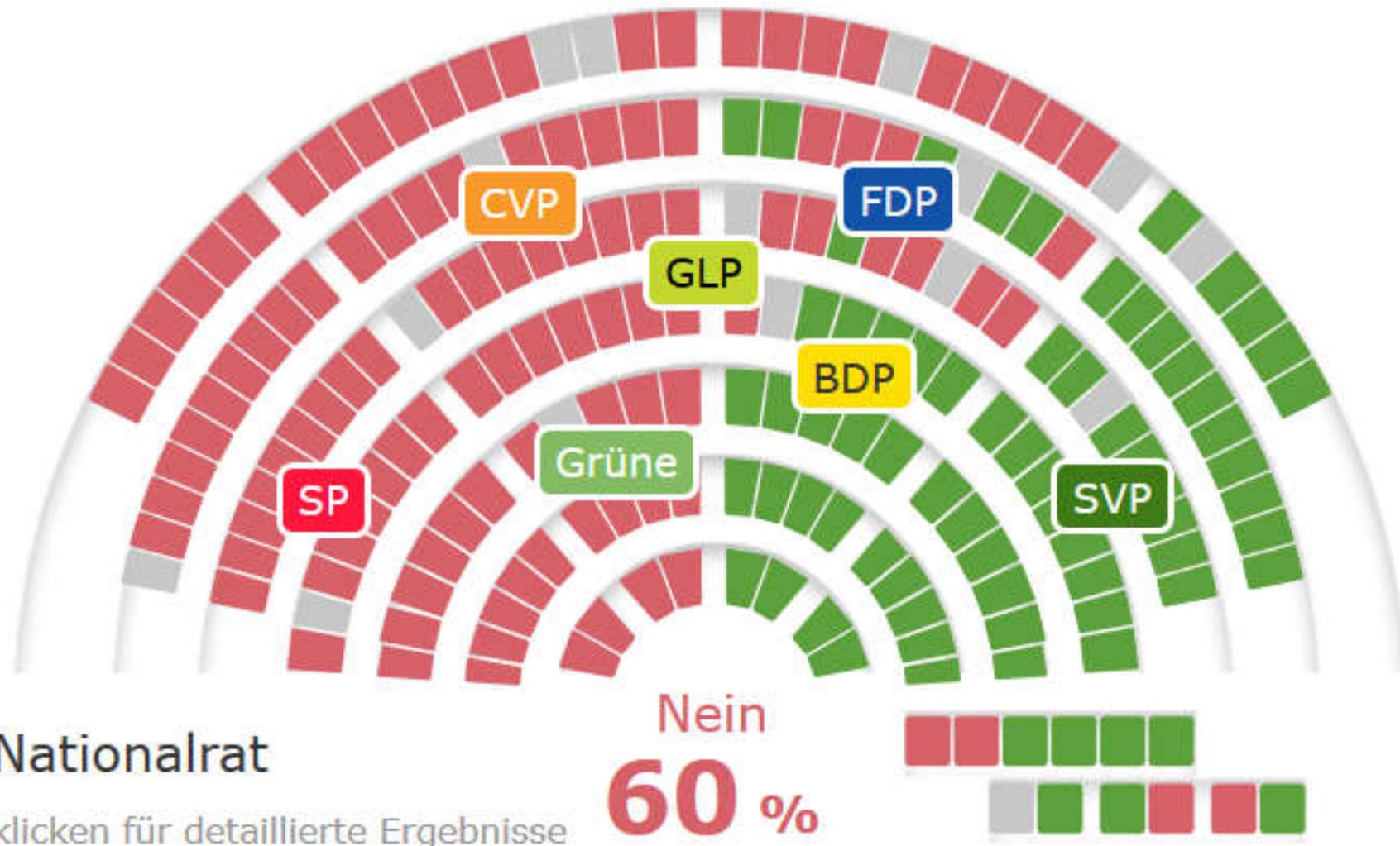
- Weil das Schengen/Dublin-System zusammengebrochen ist und sich massive Migrationsströme nach Bekanntgabe Deutschlands, keine Kriegsvertriebenen mehr in andere Dublin-Staaten zurückzuschicken, auf dem Weg durch Europa befinden, fordert die SVP die Sicherung der Schweizer Grenzen durch systematische Kontrollen zur Verhinderung von illegalen Grenzübertritten zu gewährleisten. Damit soll verhindert werden, dass Migranten, statt im ersten sicheren Staat Zuflucht zu suchen, neu den Anspruch stellen, selbst wählen zu können, in welchem europäischen Staat sie sich niederlassen möchten.

Ergebnis in den Räten

- Der Rat lehnte den Antrag der SVP zur sofortigen Einführung von systematischen Grenzkontrollen ab. Bezüglich der weiteren Vorstösse zu diesem Thema traf der Rat die folgenden Beschlüsse:
 - Rasche Hilfe bei Flüchtlingstragödien im Mittelmeer: Teile angenommen
 - Nur noch vorläufiger Schutz für eritreische Asylbewerber: Abgelehnt
 - Bericht zu wirtschaftlichen Vorteilen von Schengen: Angenommen
 - Asylbewerber besser in den Arbeitsmarkt integrieren: Zurückgezogen
 - Strategie zu Herausforderungen der Asylpolitik: Abgelehnt



Trotz der Stärkung der bürgerlichen Kräfte bei den letzten Wahlen wird die systematische Kontrolle der Grenzen abgelehnt



5 Flüchtlingswelle und Grenzkontrollen

Nur sieben FDPler und kein einziger CVPler unterstützten die SVP-Forderung nach Wiedereinführung von Grenzkontrollen

Abstimmung vom / Vote du: 10.12.2015 12:01:28

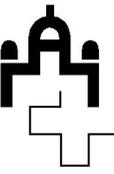
Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Allemann	-	S	BE
Amarelle	-	S	VD
Amaudruz	+	V	GE
Amherd	-	C	VS
Ammann	-	C	SG
Amstutz	+	V	BE
Arnold	+	V	UR
Arslan	-	G	BS
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barazzone	0	C	GE
Barrile	-	S	ZH
Bauer	-	RL	NE
Bäumle	-	GL	ZH
Béglé	=	C	VD
Bertschy	0	GL	BE
Bigler	0	RL	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	0	RL	VD
Bourgeois	-	RL	FR
Brand	+	V	GR
Brélaz	-	G	VD
Brunner	+	V	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Büchler Jakob	-	C	SG
Buffat	+	V	VD
Bühler	+	V	BE
Bulliard	-	C	FR
Burgherr	+	V	AG
Burkart	+	RL	AG
Buttet	-	C	VS
Campell	-	BD	GR
Candinas	-	C	GR
Carobbio Guscetti	-	S	TI
Cassis	-	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Chiesa	E	V	TI
Clottu	+	V	NE
de Buman	-	C	FR
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
Derder	-	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	-	RL	SG
Egloff	+	V	ZH
Eichenberger	-	RL	AG
Estermann	+	V	LU

Eymann	-	RL	BS
Fässler Daniel	=	C	AI
Fehlmann Riele	-	S	GE
Feller	0	RL	VD
Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	-	RL	ZH
Flach	-	GL	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG
Fluri	-	RL	SO
Frehner	+	V	BS
Fricker	-	G	AG
Fridez	-	S	JU
Friedl	-	S	SG
Galladé	E	S	ZH
Gasche	E	BD	BE
Geissbühler	+	V	BE
Genecand	-	RL	GE
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	-	C	LU
Glamer	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	-	C	SZ
Gmür-Schönenberger	-	C	LU
Golay	+	V	GE
Gössi	+	RL	SZ
Graf Maya	-	G	BL
Graf-Litscher	-	S	TG
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grunder	-	BD	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	-	C	JU
Guhl	-	BD	AG
Guldemann	-	S	ZH
Gysi	-	S	SG
Hadorn	-	S	SO
Hardegger	-	S	ZH
Häsler	-	G	BE
Hausammann	+	V	TG
Heer	+	V	ZH
Heim	-	S	SO
Herzog	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Hermann	+	RL	TG
Hess Lorenz	-	BD	BE
Hiltbold	-	RL	GE
Humbel	-	C	AG
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO

Ingold	-	C	ZH
Jans	-	S	BS
Jauslin	-	RL	AG
Keller Peter	+	V	NW
Keller-Inhelder	+	V	SG
Kiener Nellen	-	S	BE
Knecht	+	V	AG
Köppel	+	V	ZH
Landolt	-	BD	GL
Leutenegger Oberholzer	-	S	BL
Lohr	-	C	TG
Lüscher	0	RL	GE
Maire Jacques-André	-	S	NE
Marchand	-	C	VS
Markwalder	P	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti	-	S	ZH
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter	+	V	ZH
Mazzone	-	G	GE
Merlini	-	RL	TI
Meyer Mattea	-	S	ZH
Moret	-	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	-	C	LU
Müller Thomas	+	V	SG
Müller Walter	-	RL	SG
Müller-Altermatt	-	C	SO
Munz	-	S	SH
Müri	+	V	LU
Naef	-	S	ZH
Nantermod	-	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	0	S	BL
Page	+	V	FR
Pantani	+	V	TI
Pardini	-	S	BE
Parmelin	0	V	VD
Pezzatti	+	RL	ZG
Pfister Gerhard	=	C	ZG
Pieren	+	V	BE
Piller Carrard	-	S	FR
Portmann	+	RL	ZH
Quadranti	-	BD	ZH
Quadri	+	V	TI
Regazzi	-	C	TI
Reimann Lukas	+	V	SG

Reimann Maximilian	+	V	AG
Reynard	-	S	VS
Rickli Natalie	+	V	ZH
Riklin Kathy	-	C	ZH
Rime	+	V	FR
Ritter	-	C	SG
Romano	-	C	TI
Rösti	+	V	BE
Ruiz Rebecca	-	S	VD
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Rytz Regula	-	G	BE
Salzmänn	+	V	BE
Sauter	-	RL	ZH
Schelbert	-	G	LU
Schenker Silvia	-	S	BS
Schilliger	-	RL	LU
Schmid-Federer	-	C	ZH
Schmidt Roberto	-	C	VS
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider-Schneiter	-	C	BL
Schwaab	-	S	VD
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Semadeni	-	S	GR
Sollberger	+	V	BL
Sommarruga Carlo	-	S	GE
Stahl	+	V	ZH
Stamm	+	V	AG
Steiert	-	S	FR
Steinemann	+	V	ZH
Streiff	-	C	BE
Thorens Goumaz	-	G	VD
Tornare	-	S	GE
Tschäppät	-	S	BE
Tuena	+	V	ZH
Vitali	+	RL	LU
Vogler	-	C	OW
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walliser	+	V	ZH
Walter	+	V	TG
Walti Beat	-	RL	ZH
Wasserfallen	0	RL	BE
Wehrli	-	RL	VD
Weibel	-	GL	ZH
Wermuth	-	S	AG
Wobmann	+	V	SO
Zanetti Claudio	+	V	ZH
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	GL	V	C	RL	BD	Tot.
+ Ja / oui / si				66		7		73
- Nein / non / no	12	41	6		26	20	6	111
= Enth. / abst. / ast.					3			3
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1		1			1	3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	1	1	1	5		9
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1



Die Diskussion über den Umfang und Inhalt der Service-public-Leistungen der SRG ist weiterhin nicht abgeschlossen

Worum es geht

Position der SVP

Ergebnis in den Räten

- Die Diskussion über den Umfang und Inhalt der Service-public-Leistungen der SRG ist auch nach der knappen Annahme der RTVG-Revision nicht abgeschlossen.
 - Der für Mitte 2016 in Aussicht gestellte Service-public-Bericht soll diesbezüglich die Position des Bundesrats präsentieren.
 - Zudem wurde am 11. Dezember 2015 die Volksinitiative zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Zwangsgebühren) bei der Bundeskanzlei mit 110'254 beglaubigten Unterschriften eingereicht, womit sich das Volk in den nächsten Jahren nochmals zu diesem Thema äussern werden muss.
- Die SVP unterstützt den Antrag von Nationalrätin Natalie Rickli „Vollständiger Bericht zum Service public. Parlamentarische Vorstösse berücksichtigen“
- Während die Mehrheit des Nationalrats für den Mitte 2016 in Aussicht gestellten Service-public-Bericht des Bundesrats ein kritisches Vorgehen der Regierung verlangt und diese Forderung mit der Annahme einer entsprechenden Motion von Natalie Rickli untermauert, lehnte dies der Ständerat ab. Das Anliegen ist damit vom Tisch.
- Der Bundesrat wäre damit beauftragt worden, alle hängigen medienpolitischen Vorstösse im Bericht aufzunehmen, welche bis zum Ende der Herbstsession 2015 eingereicht worden sind.
- Aufgrund der Volksinitiative zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren wird das Thema der Service-public-Leistungen aber weiterhin auf der politischen Agenda bleiben.

SVP, FDP und GLP üben mit ihrer Zustimmung zur Motion Druck auf die zuständige Bundesrätin aus – trotz anschliessender Ablehnung im Ständerat

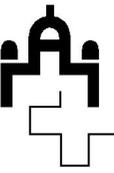
Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Alleman	-	S	BE
Amarelle	0	S	VD
Amaudruz	+	V	GE
Amherd	-	C	VS
Ammann	-	C	SG
Amstutz	+	V	BE
Arnold	+	V	UR
Arslan	0	G	BS
Badran Jacqueline	0	S	ZH
Barazzone	-	C	GE
Barnile	-	S	ZH
Bauer	+	RL	NE
Bäumle	+	GL	ZH
Béglé	-	C	VD
Bertschy	0	GL	BE
Bigler	+	RL	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	-	RL	VD
Bourgeois	-	RL	FR
Brand	0	V	GR
Brélaz	-	G	VD
Brunner	+	V	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Büchler Jakob	=	C	SG
Buffat	+	V	VD
Bühler	0	V	BE
Bulliard	-	C	FR
Burgherr	+	V	AG
Burkart	+	RL	AG
Buttet	-	C	VS
Campell	0	BD	GR
Candinas	-	C	GR
Carobbio Guscelli	-	S	TI
Cassis	+	RL	TI
Chevalley	+	GL	VD
Chiesa	+	V	TI
Clottu	+	V	NE
de Buman	-	C	FR
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
Derder	-	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egloff	+	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG
Estermann	+	V	LU

Eymann	0	RL	BS
Fässler Daniel	=	C	AI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	+	RL	VD
Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	E	RL	ZH
Flach	+	GL	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG
Fluri	+	RL	SO
Frehner	+	V	BS
Fricker	-	G	AG
Fridez	-	S	JU
Friedl	-	S	SG
Galladé	E	S	ZH
Gasche	E	BD	BE
Geissbühler	+	V	BE
Genecand	-	RL	GE
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	-	C	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	=	G	ZH
Gmür Alois	-	C	SZ
Gmür-Schönenberger	-	C	LU
Golay	+	V	GE
Gössi	+	RL	SZ
Graf Maya	-	G	BL
Graf-Litscher	-	S	TG
Grin	0	V	VD
Grossen Jürg	+	GL	BE
Grunder	0	BD	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	-	C	JU
Guhl	-	BD	AG
Guldimann	-	S	ZH
Gysi	-	S	SG
Hadorn	-	S	SO
Hardegger	-	S	ZH
Häsler	-	G	BE
Hausammann	+	V	TG
Heer	+	V	ZH
Heim	-	S	SO
Herzog	+	V	TG
Herzog Erich	+	V	BE
Hess Hermann	+	RL	TG
Hess Lorenz	-	BD	BE
Hiltbold	+	RL	GE
Humbel	-	C	AG
Hurter Thomas	0	V	SH
Imark	+	V	SO

Ingold	-	C	ZH
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Keller Peter	+	V	NW
Keller-Inhelder	+	V	SG
Kiener Nellen	-	S	BE
Knecht	+	V	AG
Köppel	+	V	ZH
Landolt	-	BD	GL
Leutenegger Oberholzer	-	S	BL
Lohr	=	C	TG
Lüscher	+	RL	GE
Maire Jacques-André	-	S	NE
Marchand	-	C	VS
Markwalder	P	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti	-	S	ZH
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter	+	V	ZH
Mazzone	-	G	GE
Merlini	+	RL	TI
Meyer Mattea	0	S	ZH
Moret	=	RL	VD
Moser	+	GL	ZH
Müller Leo	-	C	LU
Müller Thomas	+	V	SG
Müller Walter	+	RL	SG
Müller-Altmet	-	C	SO
Munz	-	S	SH
Mürli	+	V	LU
Naef	0	S	ZH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	0	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	0	S	BL
Page	+	V	FR
Pantani	+	V	TI
Pardini	-	S	BE
Parmelin	0	V	VD
Pezzatti	+	RL	ZG
Pfister Gerhard	0	C	ZG
Pieren	+	V	BE
Piller Carrard	-	S	FR
Portmann	+	RL	ZH
Quadranti	-	BD	ZH
Quadri	+	V	TI
Regazzi	=	C	TI
Reimann Lukas	0	V	SG

Reimann Maximilian	+	V	AG
Reynard	-	S	VS
Rickli Natalie	+	V	ZH
Riklin Kathy	-	C	ZH
Rime	+	V	FR
Ritter	=	C	SG
Romano	=	C	TI
Rösti	+	V	BE
Ruiz Rebecca	-	S	VD
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Rytz Regula	-	G	BE
Salzmann	+	V	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schelbert	-	G	LU
Schenker Silvia	-	S	BS
Schilliger	+	RL	LU
Schmid-Federer	-	C	ZH
Schmid Roberto	-	C	VS
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider-Schneiter	-	C	BL
Schwaab	-	S	VD
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	0	S	ZH
Semadeni	-	S	GR
Sollberger	+	V	BL
Sommaruga Carlo	0	S	GE
Stahl	+	V	ZH
Stamm	+	V	AG
Steiert	E	S	FR
Steinemann	+	V	ZH
Streiff	-	C	BE
Thorens Goumaz	-	G	VD
Tornare	-	S	GE
Tschäppät	-	S	BE
Tuena	+	V	ZH
Vitali	+	RL	LU
Vogler	-	C	OW
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walliser	+	V	ZH
Walter	+	V	TG
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen	+	RL	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weibel	+	GL	ZH
Wermuth	-	S	AG
Wobmann	+	V	SO
Zanetti Claudio	+	V	ZH
Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	C	S	GL	V	C	RL	BD	Tot
+ Ja / oui / si				6	61		25		92
- Nein / non / no		10	34			23	4	4	75
= Enth. / abst. / ast.		1				6	1		8
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			2				1	1	4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	7	1	7	1	1	2	20



Das Parlament spricht sich für ein jährliches Budget der Armee von fünf Milliarden Franken aus

Worum es geht

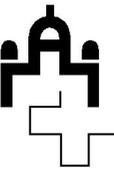
- Die Armee soll gut ausgebildet, modern, vollständig ausgerüstet und regional verankert sein sowie rasch aufgeboten werden können. Die Aufgaben der Armee sind unverändert die Verteidigung, die Unterstützung der zivilen Behörden und die Friedensförderung.
- Die Armee soll im Jahr 5 Mrd. CHF kosten und auf 100'000 Mann (Sollbestand) resp. 140'000 Mann (Effektivbestand) verkleinert werden. Die Rekrutenschule soll 18 Wochen dauern und bei einer Mobilmachung sollen 35'000 Angehörige der Armee in 10 Tagen mobilisiert werden können.

Position der SVP

- Die SVP-Fraktion fordert mit der Weiterentwicklung der Armee einen Sollbestand von mindestens 140'000 Armeeangehörigen mit einem Budget von mindestens 5,4 Milliarden Franken pro Jahr. Der Luftpolizeidienst ist rund um die Uhr sicherzustellen.

Ergebnis in den Räten

- Nachdem der Nationalrat die Weiterentwicklung der Armee im Sommer noch abgelehnt hatte, steht er nun hinter der Armeereform.
- Dabei beschloss er mit Hilfe der SVP, die Armee ganz von den Sparanstrengungen des Bundes auszunehmen. Sie soll 20 Milliarden Franken für vier Jahre erhalten, und nicht wie vom Bundesrat vorgeschlagen 18,8 Milliarden.
- Neben dem Armeebudget gab auch die Grösse der Truppe zu reden, der Nationalrat blieb aber bei einem Sollbestand von 100'000 Mann. Mit der Reform soll die Armee etwas verkleinert, aber besser ausgerüstet und ausgebildet werden. Zudem soll sie schneller eingesetzt werden können. Diese Stossrichtung der Armeereform war weitgehend unbestritten. Noch keine Einigkeit besteht zur Anzahl Wiederholungskurse: Der Ständerat will fünf, der Nationalrat sechs WK zu je drei Wochen.



Eine weitere wirtschaftsfeindliche Verschärfung der Umweltgesetzgebung konnte verhindert werden

Worum es geht

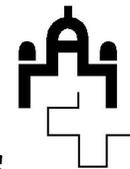
- Die Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» will mit einem neuen Artikel 94a der Bundesverfassung eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft schaffen, geschlossene Stoffkreisläufe fördern und dafür sorgen, dass die wirtschaftlichen Tätigkeiten das Potenzial der natürlichen Ressourcen nicht beeinträchtigen.
- Der Bundesrat beantragt dem Parlament, mit einer Revision des Umweltschutzgesetzes das Anliegen der Initiative aufzunehmen. Dabei soll der Konsum ökologischer gestaltet und Stoffkreisläufe geschlossen werden. Zudem sollen Initiativen im Austausch mit Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft auf nationaler und internationaler Ebene gefördert werden.

Position der SVP

- Die SVP lehnt sowohl die Initiative als auch den indirekten Gegenvorschlag, mit welchem das Umweltschutzgesetz weiter verschärft werden soll, ab.

Ergebnis in den Räten

- Nachdem der Ständerat den indirekten Gegenvorschlag mit Anpassungen gutgeheissen hat, beschloss der Nationalrat in der Sommersession äusserst knapp und entgegen dem Willen der SVP ebenfalls darauf einzutreten. Allerdings scheiterte in der Schlussabstimmung der fertig beratene Gegenvorschlag im Sinne der SVP knapp.
- Nach erneuter Beratung hat das Parlament die Änderungen des Umweltschutzgesetzes als indirekten Gegenvorschlag zur Initiative "Grüne Wirtschaft« abgelehnt. Damit ist der Gegenvorschlag nun vom Tisch.
- Bereits früher hat das Parlament im Sinne der SVP beschlossen, dem Stimmvolk, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Mit der Initiative wollen die Grünen den Ressourcenverbrauch senken. Über die Initiative wird das Stimmvolk entscheiden.



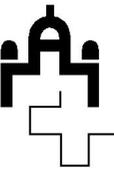
Mit der Einführung des automatischen Informationsaustausches wird das Bankgeheimnis mit dem Ausland abgeschafft

Worum es geht

Position der SVP

Ergebnis in den Räten

- Das Amtshilfeübereinkommen sieht drei Formen des Informationsaustauschs vor: Den Informationsaustausch auf Ersuchen, den spontanen Informationsaustausch und den automatischen Informationsaustausch. Das Amtshilfeübereinkommen bildet die staatsvertragliche Rechtsgrundlage für das MCAA, worauf sich wiederum der AIA stützt.
- Der automatische Informationsaustausch (AIA) sieht vor, dass Finanzinstitute Finanzinformationen ihrer Kunden sammeln, sofern diese im Ausland steuerlich ansässig sind. Diese Informationen umfassen alle Kapitaleinkommensarten und den Saldo des Kontos. Diese Informationen werden automatisch, in der Regel einmal jährlich, der Steuerbehörde übermittelt, welche die Daten an die für den Kunden zuständige Steuerbehörde im Ausland weiterleitet. Diese Transparenz soll verhindern, dass Steuersubstrat im Ausland vor dem Fiskus versteckt werden kann.
- Mit der Änderung des Geldwäschereigesetzes soll schliesslich zur Wahrung der Steuerkonformität mit einer risikobasierten Prüfung nachgekommen werden.
- Die SVP lehnt sowohl den automatischen Informationsaustausch als auch die Änderung des Geldwäschereigesetzes ab. Die Vorlagen sprechen dem Bürger jegliche Eigenverantwortung ab und führen mittelfristig zu einem Polizei- und Kontrollstaat.
- Ausländische Bankkunden können sich nicht länger auf das Bankgeheimnis verlassen. Das Parlament hat den rechtlichen Grundlagen für den automatischen Informationsaustausch zugestimmt. Mit Ausnahme der SVP sprachen sich alle Parteien dafür aus.
- Positiv ist, dass der Nationalrat keine neuen Sorgfaltspflichten für Banken einführen will. Die Vorschläge des Bundesrates zum Geldwäschereigesetz sind am bürgerlichen Widerstand gescheitert.



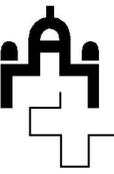
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/5)

Initiative "AHVplus"

- Die Volksinitiative "AHVplus" kommt mit einer Nein-Empfehlung von Parlament und Bundesrat an die Urne. Der Nationalrat empfiehlt mit 131 zu 49 Stimmen die Volksinitiative zur Ablehnung. Die Initiative verlangt eine Erhöhung aller AHV-Renten um zehn Prozent. Wie diese Erhöhung finanziert wird, lässt der Initiativtext offen.

Initiative „Bedingungs- loses Grund- einkommen“

- Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ist im Parlament nicht mehrheitsfähig. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat die Volksinitiative mit diesem Anliegen einstimmig abgelehnt. Diese will den Zusammenhang von Arbeit und Einkommen aufbrechen, indem alle in der Schweiz lebenden Menschen unabhängig von einer Erwerbstätigkeit ein Grundeinkommen erhalten sollen. Zur Höhe äussert sich der Initiativtext nicht. Die Initianten halten für Erwachsene 2'500 Franken pro Monat für angemessen und 625 Franken für jedes Kind. Die Kosten dafür würden sich auf rund 208 Milliarden Franken im Jahr belaufen.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/5)

Ausgaben- kürzungen

- Der Bundesrat soll die Ausgaben des Bundes um jährlich 1,5 Milliarden Franken kürzen. Nach dem Nationalrat ist auch der Ständerat dieser Meinung. Er hat eine entsprechende Motion der nationalrätlichen Finanzkommission mit 24 zu 16 Stimmen angenommen. Die Umsetzung soll in Schritten über die Voranschläge 2017 bis 2019 erfolgen.

Personal der Verwaltung

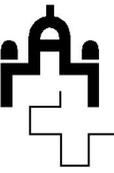
- Das Parlament will den Personalbestand des Bundes auf dem Stand von 2015 einfrieren. Das wären 35'000 Vollzeitstellen. Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat einer Motion mit diesem Anliegen zu.

Internationales Genf

- Der Nationalrat hat Darlehen von 54,4 Millionen Franken für Bauten im internationalen Genf bewilligt. Die Darlehen gehen an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen FIPOI, die wegen Führungsmängeln in die Kritik geraten ist. Der Rat lehnte einen Rückweisungsantrag der SVP ab. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Staatliche Kosten- übernahme von Komatrinkern

- Komatrinker sollen die Kosten für die Notfallbehandlung im Spital nun doch nicht selber tragen müssen. Der Nationalrat hat eine Gesetzesänderung beerdigt, die er zunächst unterstützt hatte. Der Erlassentwurf geht auf eine parlamentarische Initiative von altNationalrat Toni Bortoluzzi (SVP/ZH) von 2010 zurück. Mit 97 zu 85 Stimmen und bei 11 Enthaltungen beschloss die grosse Kammer nach einer intensiven Debatte, die Initiative – entgegen dem Willen der SVP und Teilen der FDP – abzuschreiben.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/5)

Unternehmens- steuerreform III

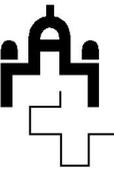
- Der Ständerat hat der Unternehmenssteuerreform III mit 31 zu 9 Stimmen zugestimmt. Das Massnahmenpaket soll verhindern, dass Firmen die Schweiz verlassen, weil sie ihre kantonalen Steuerprivilegien verlieren. Mit einem höheren Anteil an der Bundessteuer sollen die Kantone den finanziellen Spielraum erhalten, die Gewinnsteuern für alle Unternehmen zu senken. Der Ständerat will den Kantonen sogar noch etwas mehr Geld zukommen lassen als der Bundesrat. Eine Vereinheitlichung der Teilbesteuerung von Dividenden auf 70 Prozent lehnte der Ständerat ab. Als nächstes berät der Nationalrat über die Vorlage.

Keine Verankerung des Ärztstopps

- Gescheitert ist die Vorlage für die definitive Verankerung des Ärztstopps im Gesetz. Der Nationalrat versenkte diese mit 97 zu 96 Stimmen bei 1 Enthaltung. Äusserst knapp durchgesetzt hat sich damit die neue Mehrheit von SVP und FDP. Bei einem Ja hätten die Kantone die Zulassung neuer Ärztinnen und Ärzte weiterhin vom Bedürfnis abhängig machen können. Das Nein bedeutet, dass das ab Mitte nächsten Jahres nicht mehr möglich ist.

Keine eidg. Kinder- und Jugendförderung

- Der Ständerat lehnt es im Sinne der SVP ab, die Kinder- und Jugendförderung in der Bundesverfassung zu verankern. Er hat eine neue rechtliche Grundlage einstimmig abgelehnt. Diese war von der Bildungskommission des Nationalrats aufgrund einer parlamentarischen Initiative ausgearbeitet worden. Schon der Nationalrat stimmte nur einem Teil der Vorlage zu, der Ständerat hat sie nun ganz versenkt.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/5)

**Beitritt zur
Asiatischen
Infrastruktur-
Investitionsbank**

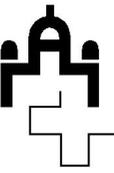
DBA mit Italien

**Minamata-
Konvention**

**Potentaten-
Gelder**

**Kein Bürgerrecht
für Söldner**

- Die Schweiz kann der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank beitreten. Nach dem Ständerat hat am Montag auch der Nationalrat zugestimmt, gegen den Willen von SP und Grünen. Zu Diskussionen Anlass gab die Kompensation der Finanzierung. Die SVP hätte den für den Beitritt nötigen Betrag ausschliesslich mit Geld bezahlen wollen, die für Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit budgetiert ist. Schliesslich blieb der Nationalrat aber wie der Ständerat auf der Linie des Bundesrates.
- Italien soll künftig auf Anfrage Informationen über Steuersünder erhalten. Der Nationalrat hat sich für eine Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens ausgesprochen mit 129 zu 13 Stimmen bei 39 Enthaltungen. Nun muss noch der Ständerat zustimmen.
- Die Minamata-Konvention wurde einstimmig gutgeheissen. Diese soll die Freisetzung des gesundheits- und umweltschädlichen Schwermetalls Quecksilber weltweit verringern. Die Konvention schränkt die Produktion von Quecksilber und dessen Verwendung bei der Herstellung von Produkten und in industriellen Prozessen ein. Die Schweiz erfüllt die meisten Verpflichtungen aus der Konvention, Massnahmen sind nur beim Export von Quecksilber nötig.
- Die Schweiz soll illegale „Potentaten-Gelder“ auch dann einziehen dürfen, wenn die Straftaten eines gestürzten Machthabers verjährt sind. Alle Parteien mit Ausnahme der SVP stimmten gegen eine Verjährung.
- Der Nationalrat hat einen Vorstoss von Toni Brunner (SVP/SG) angenommen, welcher Söldnern mit einem Doppelbürgerrecht das Schweizer Bürgerrecht aberkennen will.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/5)

Raser im Strassenverkehr

- Die Strafverfolgungsbehörden sollen bei der Verurteilung von Rasern im Strassenverkehr mehr Spielraum erhalten. Der Nationalrat gab einer parlamentarischen Initiative mit 113 zu 72 Stimmen Folge, welche die Strafe besser den Umständen und dem tatsächlichen Fehlverhalten des Autofahrers anpassen soll.

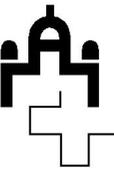
Vertrauens- ärztliche Untersuchung

- Autofahrer sollen sich statt wie heute nach dem 70. erst nach dem 75. Geburtstag regelmässig einer ärztlichen Untersuchung unterziehen müssen. Der Nationalrat gab mit 97 zu 82 Stimmen einer parlamentarischen Initiative von Maximilian Reimann (SVP/AG) Folge. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Ordnungsbussen

- Ordnungsbussen sollen künftig nicht mehr nur Verkehrssünder bezahlen müssen. Auch andere kleine Straftaten sollen auf diese Weise geahndet werden. Der Ständerat hat als Erstrat einstimmig eine Revision des Ordnungsbussengesetzes angenommen. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Frühjahrssession: 29. Februar – 18. März 2016**
- **Sommersession: 30. Mai – 17. Juni 2016**
- **Herbstsession: 12. – 30. September 2016**
- **Wintersession: 28. November – 16. Dezember 2016**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 50 Personen:**
 - Anmeldung an besucherdienst@parl.admin.ch / 031 322 85 22
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**

Nur mit der Annahme der Durchsetzungsinitiative werden kriminelle Ausländer auch wirklich ausgeschafft

- Am 28. Februar 2016 kommen die folgenden Vorlagen zur Abstimmung:
 - SVP-Volksinitiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (**Durchsetzungsinitiative**)»
 - CVP-Volksinitiative «**Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe**»
 - JUSO-Volksinitiative «**Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!**»
 - Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (STVG) (**Sanierung Gotthard-Strassentunnel**)

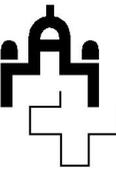


Eidgenössische Volksinitiative
«zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer»
(Durchsetzungsinitiative)

Volkswillen durchsetzen!

- Vor über fünf Jahren haben Volk und Stände deutlich der Ausschaffung krimineller Ausländer zugestimmt. Bundesrat und Parlament haben nun eine Härtefallklausel ins Umsetzungsgesetz geschrieben, mit der faktisch jede Ausschaffung verhindert werden kann (einige hundert statt ~10'000 Ausschaffungen pro Jahr).
- Die Durchsetzungs-Initiative gibt die Möglichkeit, den Volkswillen endlich umzusetzen und für mehr Sicherheit in der Schweiz zu sorgen. Denn sie ist nach ihrer Annahme sofort und direkt anwendbar und ist damit eine konsequente Lösung mit Augenmass:
 - Eine Ausschaffung der Täter ist bei schweren Delikten (wie z.B. Mord, Raub, Vergewaltigung usw.) zu vollziehen, unabhängig davon, ob ein Täter vorbestraft war oder nicht.
 - Eine Ausschaffung ist zudem vorgesehen bei Wiederholungstätern in Bezug auf Delikte, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit in besonderem Masse beeinträchtigen (z.B. einfache Körperverletzung, Bedrohung von Behörden, usw.).

➔ **Unterstützen Sie uns durch Standaktionen, Plakate, Leserbriefe und das Teilen von SVP Facebook- und Twitter-Nachrichten**



Haben Sie Fragen?